



Schwere Infanterie ...

WWW.SN.AT/WIZANY

Ein überparteilicher Putztrupp fegt durch die Ministerien

Aufräumen liegt schwer im Trend. Ganze TV-Serien beschäftigen sich mit der Frage, wie man Ordnung schaffen kann. Auch die Übergangsregierung lässt sich davon anstecken. Zumindest widerspricht der Regierungssprecher nicht,

GLOSSE
Marian Smetana

als Journalisten bei einer Pressekonzferenz anmerkten, man habe den Eindruck, dass die Minister aufräumen und nicht nur verwalteten.

Zuvor hatten Justiz- und Verteidigungsminister davon gesprochen, dass sie derzeit in

ihren Ressorts klar Schiff machen würden – inklusive Kassensturz. Der Wähler und Steuerzahler wundert sich.

Sind unsere Ministerien – im parteipolitischen Sinne – tatsächlich so verstaubt, dass in den Amtsstuben zwischenzeitlich ein Putztrupp für Ordnung sorgen muss? Oder hat sich die Expertenregierung schlicht einen sinnvollen Zeitvertreib gesucht, während die Parteien im Wahlkampf die nächste Unordnung vorbereiten? Wie auch immer. Chaosbeseitigung ist prinzipiell ja nicht schlecht. Wobei – man erinnere sich an den Generalsekretär der vorigen Regierung, der im Innenministerium aufräumen wollte.

Budget für Justiz und Heer wird nicht aufgestockt

Erst die nächste Regierung soll Finanzen neu angehen.

WIEN. Trotz der Rufe aus Justiz- und Verteidigungsministerium nach mehr Geld wird die Regierung keine zusätzlichen Mittel für die beiden Ressorts lockermachen. Justizminister Clemens Jabloner hatte zuvor im SN-Interview gewarnt, dass die Justiz



Regierungssprecher Alexander Winterstein.

einen „stillen Tod“ erleide. Auch Verteidigungsminister Thomas Starlinger hatte angesichts der budgetären Situation Alarm geschlagen. Laut Regierungssprecher Alexander Winterstein ist dennoch nicht vorgesehen, dass die Expertenregierung Änderungen am Budget vornimmt. Das sei Sache der kommenden Regierung. Man wolle für die nächsten Minister aber die aktuelle Lage in den Ressorts analysieren und eine solide Arbeitsgrundlage hinterlassen.

Die Parlamentarier haben noch viel vor

Die Wünsche reichen von einer Kastrationspflicht für die Freigänger unter den Katzen bis zu einem Rechtsanspruch auf Pflegekarenz.

INGE BALDINGER

WIEN. Die Sommerpause des Parlaments – formal dauert sie von 9. Juli bis 10. September – könnte heuer wahlkampfbedingt kurz ausfallen. Erstens sind Sondersitzungen möglich, sofern sie von einem Drittel der Abgeordneten verlangt werden. Zweitens haben die Abgeordneten selbst mit Dutzenden Fristsetzungsanträgen dafür gesorgt, dass ihnen die Arbeit nicht ausgeht.

Zwar fanden viele Anträge keine Mehrheit, 37 müssen aber im Plenum behandelt werden. Und geht es nach den recht unterschiedlich gesetzten Fristen, sollte eine Reihe von ihnen in der an sich sitzungsfreien Zeit im Juli oder August auf der Tagesordnung des Plenums stehen – spätestens aber unmittelbar vor der Nationalratswahl, wenn die nächste reguläre Sitzung stattfindet (24. und 25. September).

Die Anträge – 22 mit wechselnden Mehrheiten, 15 einstimmig beschlossen – spannen einen weiten Bogen. Sie reichen von einer Kastrationspflicht für Freigängerkatzen bis zum Verbot, männliche Eintagsküken zu töten; von Erleichterungen bei Blutspenden bis zum Rechtsanspruch auf Pflegekarenz; von der Wiedereinführung der Aktion 20.000 bis zur Vereinfachung des Kinderunterhaltsrechts; von Beschränkungen chemischer Pflanzenschutzmittel bis zu einer Öko-

sternnovelle; von der Trennung der Straflegistik- und Weisungssektion im Justizministerium bis zur Vorlage eines jährlichen Korruptionsberichts an den Nationalrat; von Steuer- und Abgabentlastungen bis zur Einführung einer Digitalsteuer; von der erleichterten Gewährung der österreichischen Staatsbürgerschaft an die Nachfahren von NS-Opfern bis zum Gewaltschutzpaket; von einer Aufforderung an die Stadt Wien, alles zu tun,

Sondersitzungen? Kommt auf den Wahlkampf an

um den Weltkulturerbe-Status zu behalten, bis zur Aufforderung an alle Ministerien, die in ihrem Wirkungsbereich noch bestehenden Pensionsprivilegien kundzutun.

Werner Zögernitz vom Institut für Parlamentarismus weist darauf hin, dass wohl ein Großteil ohne vorherige Ausschussberatungen ins Plenum kommen wird. Grund: „Ausschusssitzungen können mit Ausnahme des Hauptausschusses nur in der Tagungszeit stattfinden.“

Ob es Sondersitzungen geben wird, wagt er nicht zu beurteilen. „Das wird stark vom Wahlkampf abhängen“, sagt er. Gemeinsam mit der FPÖ oder mit den Neos könnte die SPÖ jederzeit eine Sondersitzung verlangen, die dann binnen 14 Tagen festgesetzt werden müsse. Ein Argument für eine Sondersitzung könnte sein, dass noch so viele Beschlüsse anstünden. Dagegen sei mit Dringlichen Anfragen nicht zu rechnen. Zögernitz: „Es gibt ja keine demokratisch legitimierte Regierung. Was sollte die Übergangsregierung also gefragt werden?“

Parteienfinanzen: Kanzlerin ist nicht überzeugt

Bierlein für weitere Gespräche über eine Rechnungshofkontrolle.

WIEN. Kanzlerin Brigitte Bierlein ist offensichtlich unzufrieden mit den von SPÖ, FPÖ und Liste Jetzt beschlossenen Änderungen der Parteienförderung. Sie lösen wie berichtet weder das durch das Ibiza-Video aufgezeigte Problem, dass Umgehungen mittels Vereinsstrukturen möglich sind, noch wird eine Rechnungshofkontrolle zugelassen. Bierlein sprach sich denn am Donnerstag nach einem Treffen mit Rechnungshofpräsidentin Margit Kraker für weitere Gespräche über die Rolle des RH bei der Kontrolle der Parteienfinanzen aus und gab zu Protokoll, dass „alle Parteien unabhängig von ihrer Größe faire Rahmenbedingungen“ haben sollten.

Indes passierte die Novelle des Parteiengesetzes, die im Wesentlichen eine Spendenobergrenze von 750.000 pro Jahr und Partei sowie ein Verbot von Einzelspenden über 7500 Euro bringt, auch den Bundesrat. Der Einspruch der ÖVP, die mehrere Verfassungswidrigkeiten sieht, nütze nichts. SPÖ und FPÖ hätten auch im Bundesrat eine Mehrheit. **i.b.**

Kurz kritisiert Vorgänge in der EU

ÖVP-Obmann ruft nach transparenterer Postenvergabe in Brüssel.

HELMUT UWER

BERLIN. Als „unwürdiges Schauspiel“ hat ÖVP-Bundesparteiobermann Sebastian Kurz am Donnerstag bei seinem Besuch in Berlin das Geschachere um die EU-Spitzenposten bezeichnet. Das habe der EU geschadet. Auch die Absprache einer kleinen Gruppe beim G20-Gipfel im japanischen Osaka sei nicht richtig gewesen. Personelle Entscheidungen müssten in Zukunft in großer Runde und transparenter getroffen werden.

Kurz sprach sich ausdrücklich dafür aus, das Prinzip der Spitzenkandidaten beizubehalten. Dieses System solle rechtlich verankert werden. Als problematisch sieht der

ÖVP-Politiker, dass nun ausgerechnet jener als EU-Kommissionspräsident verhindert werde, der eigentlich gewonnen habe: Manfred Weber (CSU). Allerdings hält er die deutsche Verteidigungsministerin

„Ein unwürdiges Schauspiel.“

Sebastian Kurz, ÖVP-Chef

Ursula von der Leyen (CDU) ebenfalls für eine gute Kandidatin, die ihren neuen Job bestimmt gut erledigen werde.

Von der Leyen galt in Deutschland lang als möglicher Nachfolgerin von Bundeskanzlerin Angela Mer-

kel. Doch in ihrem jetzigen Amt als Verteidigungsministerin war sie weitaus weniger erfolgreich als zuvor als Familien- beziehungsweise als Arbeitsministerin. Sie gilt jedoch als überzeugte Europäerin und bringt mit ihrer Mehrsprachigkeit gute Voraussetzungen für ihren neuen Job mit.

Zufrieden äußerte sich Kurz darüber, dass der belgische Sozialdemokrat Frans Timmermans nicht Kommissionspräsident geworden ist: „Das hätte einen Linksruck bedeutet.“ Kurz besucht in Berlin nicht nur Kanzlerin Angela Merkel, sondern auch CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer, Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) und von der Leyen.



Jagd nach Wahlkampfphotos oder große Politik? Ex-Kanzler Sebastian Kurz ist derzeit in Berlin. Am Donnerstag traf er u. a. Bundeskanzlerin Angela Merkel, am Freitag wird er mit der designierten Kommissionschefin Ursula von der Leyen sprechen, Kurz nutzt den Besuch, um für seine schon im EU-Wahlkampf propagierte Reform der EU zu werben. **BEILD: SN/PA/ÖVP/IRNO MELICHEREK**